

Herausgeber:
Heinrich Bechtoldt
Geschäftsführender Herausgeber
Hans Apel
Herbert von Borch
Kurt Georg Kiesinger
Klaus Ritter
Walter Scheel
Helmut Schmidt
Richard von Weizsäcker
Gerhard Wettig

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

AUSSEN POLITIK

Heinrich Bechtoldt
Gorbatschow: Initiativen oder Reaktionen?

Karl-Heinz Kamp
**Perspektiven konventioneller Rüstungskontrolle
in Europa**

Wilhelm Bruns
Nach dem Honecker-Besuch – und wie weiter?

Henri Regnard
**Osteuropa im Dienst der Sowjetunion
bei der Nachrichtenbeschaffung im Westen**

Uwe Jenisch
Die neuere Seerechtsentwicklung in der Ostsee

Gudrun Krämer
**Auf der Suche nach Normalisierung:
Ägypten nach der ersten Amtszeit Mubaraks**

Klaus Frhr. von der Ropp
Südafrika: Die abermals vertagte Revolution

Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften

38. Jahrgang

4/87

4. Quartal 1987 Verlagsort Hamburg DM 12,50

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 38

4. Quartal 1987

Heinrich Bechtoldt Gorbatschow: Initiativen oder Reaktionen?	319
Karl-Heinz Kamp Perspektiven konventioneller Rüstungskontrolle in Europa	331
Wilhelm Bruns Nach dem Honecker-Besuch – und wie weiter?	345
Henri Regnard Osteuropa im Dienst der Sowjetunion bei der Nachrichtenbeschaffung im Westen	356
Uwe Jenisch Die neuere Seerechtsentwicklung in der Ostsee	365
Gudrun Krämer Auf der Suche nach Normalisierung: Ägypten nach der ersten Amtszeit Mubaraks	381
Klaus Frhr. von der Ropp Südafrika: Die abermals vertagte Revolution	395
Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften	407

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Hans Apel, Herbert v. Borch, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Gerhard Wettig.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7000 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 4 59 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Hartwicusstraße 3-4, D-2000 Hamburg 76, Telefon: (0 40) 2 29 06 09, Verleger: Karin Reinecke, Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig. Druck: Wullenwever-Druck Heine KG, Grapengießstraße 30, D-2400 Lübeck 1.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

Südafrika: Die abermals vertagte Revolution

In der Republik Südafrika geht die Gewalt der schwarzen Revolutionäre weiter. Die Regierung des Landes ist aber sicher auch für lange noch in der Lage, dieser schwarzen Gewalt mit weißer Gegengewalt zu antworten. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, spricht deshalb in dieser neuen Analyse der Entwicklung in Südafrika von einem Gleichgewicht der Gewalt. Es wird also kein Zustand der Ruhe erreicht, noch gibt es Perspektiven für echte politische Veränderungen. Die Republik Südafrika hat in der Wirtschaft die Folgen der Unstabilität erfahren müssen, und es läßt sich bei ausländischen Banken und Firmen eine deutliche Absetzbewegung erkennen. Indessen wächst die Einsicht, daß es ohne die Einbeziehung des ANC keine politischen Lösungsmöglichkeiten geben wird. Kontakte zwischen weißen und schwarzen Südafrikanern sind bisher ohne Folgen geblieben. Es fehlt den Schwarzen an Vertrauen in die Absichten der Regierung. Es ist aber auch höchst unklar, was für ein Staat Südafrika würde, wenn sich eine politische Umschichtung vollziehen sollte. Das hat der Verfasser wieder jüngst erfahren: Er nahm Mitte Juli 1987 in Dakar/Senegal an einer Südafrikakonferenz teil, bei der in Gegenwart des senegalesischen Staatspräsidenten Abdou Diouf große Delegationen des ANC und des Afrikanerdoms Probleme ihres Landes und die Möglichkeiten zu deren Überwindung freimütig diskutierten. Der ANC will nicht weniger als die ganze Macht. Botha besteht trotz mancher Reformen auf dem weißen Machtmonopol, und vielen Weißen gehen seine Reformen schon zu weit. Noch immer gibt es also keinen Ansatz für die Einsicht, daß es keine schwarze Freiheit ohne weiße Sicherheit geben kann. — Der Verfasser knüpft mit diesem Beitrag an seinen Aufsatz „Südafrika: Revolution im veränderten Umfeld?“ in „Aussenpolitik“ 4/1985, S. 425–437, an.

I. Vorbemerkungen

Es ist keine zwei Jahre her, daß nicht nur im schwarzen Afrika sondern auch in Nordamerika und selbst in dem hier deutlich besser informierten westlichen Europa der Eindruck verbreitet war, der Sturz der Regierung in Pretoria und deren Ersetzung durch ein revolutionäres Regime sei nur noch einer Frage der Zeit. Nicht nur „instant experts“ wußten die Zeichen der Zeit zu deuten: Rundfunk, Fernsehen und Presse zeichneten fast einmütig das Bild aufrührerischer schwarzer Gettos und wahllos dreinschlagender Polizei und Militärs. Es gab viele schlicht irreführende Berichte über die Abwanderung von Europäern und weißen Südafrikanern. Nachrichten über den Kurssturz des Rand und die Einstellung der Zahlungen südafrikanischer Schuldner an westliche Gläubiger sowie der sich ankündigende Abzug auch bedeutender nordamerikanischer Unternehmen aus der

Kap-Republik bestärkten den Eindruck wirtschaftlichen Niedergangs. Schließlich war die politische Aufwertung des *African National Congress* (ANC) durch in- und ausländische Wirtschaftsführer wie auch westliche Politiker nicht zu übersehen. Pretoria schien alledem in Hilflosigkeit gegenüberzustehen.

Dennoch waren westliche Staaten weiterhin nicht bereit, jenen Stimmen aus dem schwarzen Afrika Gehör zu schenken, die sie aufforderten, „den Erben Adolf Hitlers“ den Krieg zu erklären. Sie wichen auf die Verhängung wirtschaftlicher und sonstiger Sanktionen, manchmal beschönigend „Maßnahmen“ genannt, aus. Federführend waren hier die USA, wo die südafrikanische Innenpolitik 1985 und stärker noch 1986 zu einem Thema hoher innenpolitischer Priorität wurde. Hinzukommt, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika für die USA bei weitem nicht die Bedeutung haben, die ihnen in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Japan, Portugal, der Schweiz, Belgien u. a. zukommt.

Auf Druck des Kongresses, und dort der um ihre Wiederwahl besorgten Parlamentarier beider Parteien, verhängte Präsident Ronald Reagan 1985 nur eher symbolische Sanktionen gegen Pretoria. Im Herbst 1986 vermochte er sich dann nicht mehr durchzusetzen. Jetzt verhängte der Kongress, gegen das Veto Reagans und mit sehr großen Mehrheiten in beiden Häusern, harte und umfassende Sanktionen¹. Die EG folgte mit starken Abstrichen. Auch sie ergänzte die im Herbst 1985 erstmals verhängten Zwangsmaßnahmen ein Jahr später um einen weiterreichenden Maßnahmenkatalog. Es waren Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Portugal, die verhinderten, daß die EG den Vorstellungen Dänemarks, der Niederlande, Irlands und vielleicht auch Frankreichs folgte und ebenfalls harte Sanktionen aussprach.

Viel mehr noch als Frankreich in der franko-afrikanischen Gemeinschaft ist Großbritannien im Commonwealth ständiger scharfer Kritik ausgesetzt. Hier gehörten neben Australien, Kanada und Indien lange Zeit auch Zambia und Zimbabwe zu den Wortführern. Südafrikanische Drohungen, Gegensanktionen zu verhängen, wurden jedoch in Lusaka und Harare begriffen. Auch verbreitete sich in beiden Frontstaaten die Erkenntnis, daß westliche Staaten ihnen die ihnen aus der Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika entstehenden materiellen Verluste nicht erstatten würden. Anders die Rolle Kanadas und Australiens: Sie sehen in der Verdrängung Südafrikas u. a. von den internationalen Kohle-, Uran- und Eisenerzmärkten wie auch aus dem Handel mit Goldmünzen („Krüger-Rand“) eine gute Chance, ihre Marktpositionen zu Lasten Südafrikas zu verbessern. So verfolgen sie weiter einen harten Kurs und haben sich Anfang August 1986 zur Verhängung sehr weitgehender Sanktionen verpflichtet.

Große Bedeutung wurde im Herbst 1986 einem von der EG aufgegriffenen und auch in den USA von wichtigen Politikern unterstützten Bonner Vorschlag entgegengebracht: parallel zu der Verhängung von Sanktionen solle die westliche

1 S. „Wireless Bulletin from Washington“ vom 10. September 1985, S. 1–4 („Reagan Orders Measures Against South Africa“); „U.S. Policy Information and Texts“ vom 2. Oktober 1986, S. 15–18 („South Africa — Comprehensive Anti-Apartheid Act of 1986“); „US Policy Information and Texts“ vom 25. November 1986, S. 33–35 („Sanctions Against South Africa Outlined“) sowie „U.S. Policy Information and Texts“ vom 2. April 1987, S. 21–24 („U.S. Cites South Africa Arms Embargo Violators“), d. i. der sogenannte „Israel-Report“.

Welt eine Südafrika-Initiative unternehmen, um die südafrikanischen Konfliktparteien eine Lösung ausarbeiten zu lassen². Es waren dann aber wohl vor allem die schlechten Erfahrungen mit der 1977 gestarteten und auf der ganzen Linie gescheiterten Namibia-Initiative wie auch das Scheitern der Commonwealth-Mission³ in den Jahren 1985/86, so die Argumentation der Regierungen in London und Washington, die zu der Einsicht führten, daß eine solche Südafrika-Initiative mit Sicherheit fehlschlagen werde. Es bedarf eben der Traumatisierung des ANC wie auch des Afrikanerdoms, bevor westliche Diplomatie erfolgreich vermitteln kann.

Auch bestand in den hier involvierten westlichen Staaten keine Einmütigkeit in der zentralen Frage, was an die Stelle von Apartheid in Südafrika treten sollte. Alles spricht dafür, daß die Regierungen Australiens, Kanadas, der Niederlande, Irlands, Dänemarks und Deutschlands⁴ wie auch die Mehrheit des US-Kongresses die Auffassung vertraten, daß nur die Umkehr der politischen Macht, d. h. die Übertragung der Macht von der weißen Minderheit (15 v. H. der Gesamtbevölkerung) auf die schwarze Mehrheit (gut 70 v. H.) hier die Antwort sein könne. Die Regierungen in London und Washington, sowie sehr wahrscheinlich auch die in Paris, dagegen suchen angesichts der extremen kulturellen Heterogenität der südafrikanischen Bevölkerung nach einer Lösung *sui generis*. Mit dem großen alten Mann des südafrikanischen Liberalismus, dem Dichter Alan Paton, suchen sie nach einer Antwort „*to that most difficult of South Africa's questions*“, nämlich „*what are black hopes and what are white hopes, and can they be hoped together?*“⁵. Ähnlich argumentiert ein anderer weißafrikanischer Liberaler, nämlich Van Zyl Slabbert, der zusammen mit Thabo Mbeki (ANC) das Treffen zwischen ANC und Vertretern des Afrikanerdoms im Juli 1987 in Dakar/Senegal initiierte, wenn er formuliert, daß nur derjenige Apartheid überwinden werde, der die Weißen davon überzeugen könne, „*that there is life beyond Apartheid*“. Wer die machtpolitische Lage in Südafrika vor Augen hat, der wird zu dem Ergebnis kommen, daß schwarze Freiheit ohne weiße Sicherheit in Südafrika schlicht undenkbar ist.

II. Südafrika auf dem Weg in die Anarchie?

1. Aspekte des Aufbegehrens der schwarzen Südafrikaner

Es waren das schwarze Aufbegehren, das sich 1985 wie ein Flächenbrand über weite Regionen Südafrikas (incl. der Bantustans) ausbreitete, und die ebenso

2 „Umfassender Dialog in Südafrika für eine friedliche Entwicklung/Erklärung des Sprechers der Bundesregierung zu den Beschlüssen des Europäischen Rates“ in „Bulletin“ vom 19. September 1986, S. 893–894 (894). — S. dazu Richard Lugar und Nancy L. Kassebaum: „South Africa: For a Tripartite Diplomatic Initiative“, in „International Herald Tribune“ vom 1. Oktober 1986, S. 5; ferner „Bonn Said to Start New Pretoria Initiative“ in „International Herald Tribune“ vom 1./2. November 1986, S. 5 und Henry Kissinger „South Africa: Charting a more Hopeful Future“ in „Los Angeles Times“ vom 8. September 1986, S. 1, 3.

3 Dazu: Commonwealth Eminent Persons Group on Southern Africa: „Mission to South Africa: The Commonwealth Report“, 1986. — S. dazu aber den ungleich nachdenklicheren Beitrag von Olusegun Obasanjo: „Wie kommt Südafrika über den Berg?“ in „Vereinte Nationen“, 2/1987, S. 41–45.

4 Dazu das Interview mit Bundesaußenminister H.-D. Genscher im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 1. August 1986, S. 4–5 (5). Darin heißt es: „... Notwendig ist die sofortige Abschaffung der Apartheid und die Herstellung gleicher bürgerlicher Rechte für alle Südafrikaner, einschließlich des Prinzips „Ein Mann, eine Stimme“. Und alle diejenigen, die in der Vergangenheit unbeherrschbar waren und sich bis auf den heutigen Tag dem entgegenstellen, nehmen eine schwere Verantwortung auf sich für die besorgniserregende Entwicklung in der Republik Südafrika.“

5 „Indaba without Fear“ in „Optima“ (Marshalltown/SA) März 1987, S. 3–9 (5).

brutale wie geschickte Reaktion Pretorias, die 1985/86 auch die führenden Westmächte auf den Plan riefen.

Die Geschichte des schwarzen Südafrika ist inzwischen reich an Daten, die zu ehren dem übergroßen Heer der schwarzen Oppositionellen bedeutsam ist: der 21. März (1960), der Tag der Massaker von Sharpeville; der 1. Mai, der, da Ausdruck „sozialistisch/kommunistischen Gedankenguts“, in Südafrika kein gesetzlicher Feiertag ist; der 16. Juni (1976), der Tag, da die Unruhen von Soweto ausbrachen sowie der 26. Juni (1955), der Tag, da die sog. *Congress Alliance* in Kliptown/Johannesburg die „Freiheitscharta“ verabschiedete. Diese und andere Gedenktage, irgendwelche Polizeirazzien oder auch zunächst ganz nichtig erscheinende Anlässe ließen und lassen die Opposition von UDF- und/oder Azapo-Gruppen immer wieder aufflammen. Zentren des Widerstandes waren und sind latent immer noch die Gettos New Brighton/Port Elizabeth, Langa und KwaNobuhle/Uitenhage, Alexandra/Johannesburg, Mamelodi/Pretoria und Crossroads/Kapstadt sowie eine Reihe schwarzer Vorstädte um Benoni (Ost-Rand). Zunehmend kam es jedoch in vielen der abhängigen bzw. „unabhängigen“ Reservate zu Unruhen, vor allem in Lebowa, KwaNdebele, Transkei, Ciskei und BophutaTswana. Vereinzelt, so etwa im Februar 1986 in Alexandra, bestand die Gefahr, daß die schwarze Revolution auf weiße Wohnbezirke und Stadtzentren übergreifen und doch von der geballten Macht der weißen Konterrevolution in ihrem eigenen Blut erstickt werden würde. Hier sei angemerkt, daß es verwunderlich ist, wie sehr gerade die schärfsten in- und ausländischen Kritiker Südafrikas die Gegengewalt unterschätzen, mit der sich die weißen Südafrikaner zur Wehr setzen werden. Hier wird einfach übersehen, daß der Geschehnisablauf auf weißer Seite von einem bestimmten Zeitpunkt an durch nackte Existenzangst geprägt werden wird.

Die Aufstände wurden von autonomen Gruppen der UDF (bzw. Azapos) getragen, also nicht vom ANC zentral gesteuert. Für das Gros der Rebellierenden war und ist der ANC allerdings das Symbol eines freien Südafrikas/Azaniens schlechthin. Ziel aller Revolutionäre war, möglichst viele der schwarzen Gettos und darüberhinaus andere Regionen der Kap-Republik „unregierbar“ zu machen. Häufig gelang dies durch die Zerstörung der nie von der Bevölkerung akzeptierten und daher fragilen Verwaltungsstrukturen erstaunlich schnell. Nicht hingegen gelang der dauerhafte Aufbau alternativer, d. h. revolutionärer Verwaltungsstrukturen. Ansätze zu einer alternativen Polizei, einem revolutionären Erziehungswesen etc. konnten sich selbst in Mamelodi, wohl dem progressivsten aller Gettos, nicht auf Dauer behaupten. Anderslautende Meldungen waren nie mehr als im Westen und im schwarzen Afrika allerdings für bare Münze genommene revolutionäre Propaganda.

Pretoria kamen bei seinem Kampf gegen die Revolutionäre, die häufig dem Kindesalter kaum oder noch gar nicht erwachsen waren, verschiedene Faktoren zu Hilfe: mangelnde Organisation der Aufstände, Kämpfe von miteinander rivalisierenden Gruppen um die Macht in einem künftigen Südafrika/Azania sowie zunehmend schwarzer Widerstand gegen die weit verbreitete Willkür der

schwarzen Revolutionäre. Es wurde berichtet, daß im östlichen und westlichen Kap, im nördlichen Transvaal, hier u. a. in Lebowa, und in anderen Regionen die UDF- bzw. Azapo-Kämpfer einander bedrohten: „*If we see you in school, tell us what size of tyre you wear*“⁶. Bekannter wurde die Drohung Winnie Mandelas („Mutter der Nation“), der Ehefrau des seit 1962 inhaftierten und nach wie vor außerordentlich gefolgschaftsstarken ANC-Führers Nelson Mandela, „*Together, hand in hand, with our box of matches, and with our necklaces, we shall liberate this country*“⁷. Oft blieb es nicht bei der bloßen Drohung. Es gab Hunderte von Fällen des „*necklacing*“. Nach Verurteilung durch ein häufig mit Kindern als Richtern besetztes Volksgericht oder im Wege der „*instant justice*“ wurden wirkliche oder vermeintliche Kollaborateure oder aber Anhänger einer rivalisierenden revolutionären Gruppe dadurch hingerichtet, daß ihnen, die an Händen und Füßen gefesselt waren, ein in Benzin getränkter Autoreifen übergestülpt und in Brand gesteckt wurde. Pretoria verstand es auch, die sehr hohe Verbrechensrate, nicht zuletzt eine Folge der in manchen Gettos bis an die 60 v. H.-Marke heranreichenden Arbeitslosigkeit, für seine Ziele zu nutzen. Mit der Verjagung der Polizisten aus den Gettos durch die Revolutionäre stieg auch die Zahl schwerster Verbrechen rapide an. Es entfiel oft die Furcht vor Strafe, da viele Straftaten jetzt nicht mehr geahndet wurden. Dies ließ Teile der durch Revolutionäre und Kriminelle drangsalierten Bevölkerung die Rückkehr der Polizisten in die Gettos fordern.

Vor diesem Hintergrund gelang es der Regierung, eine ausgezeichnete Waffe gegen die Revolutionäre zu schmieden: die inzwischen in vielen Gettos und Bantustans mächtig gewordenen „Vigilantegruppen“. Sie rekrutieren sich aus bisherigen Kollaborateuren, den verbitterten Opfern revolutionärer Gewalt, umgedrehten UDF- und Azapo-Anhängern, Arbeitslosen und auch Kriminellen. Sie operieren im Schutz der seit Herbst 1984 in vielen Gettos stationierten SADF-Einheiten und der nach dort zurückgekehrten Polizei. Aus den Vigilantetruppen stammen die Hilfspolizisten („*kitskonstables*“⁸, „*blackjacks*“), die inzwischen in vielen Gettos Polizeifunktion übernommen haben. In Crossroads haben Vigilantes („*witdoekes*“), so wie in anderen Gemeinden, die Arbeit der Regierung in Pretoria besorgt: Im Kampf gegen die Revolutionäre („*comrades*“) der UDF beseitigten sie zunächst deren revolutionäres Regime. Auch sorgten sie mit Terror dafür, daß die Mehrheit der in Crossroads illegal lebenden, aus Transkei und Ciskei stammenden Schwarzafrikaner abwanderte⁹. Mit der drastischen Reduzierung der schwarzen Bevölkerung Crossroads und anderer Gettos leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Politik einer „*orderly urbanisation*“ der Schwarzen im „weißen“ Südafrika.

Schließlich gelang es der Regierung, mit der Schaffung des *National Security Management System* und dessen über 500 regionalen und lokalen Komitees (*Joint*

6 „Weekly Mail“ (Johannesburg) vom 12./18. Dezember 1986, S. 11; s. weiter N. Mathiane: „The Deadly Duel of the Wararas and the Zim-Zims“ in „Frontline“ Februar 1987, S. 24–27; B. Kalaste: „The Deadly Duel: An Insider's Perspective/Killing us is not the way!“ in „Frontline“ Februar 1987, S. 27. Vgl. zu alledem Steven Friedman: „Black Politics at the Crossroads“ Hrsg.: SAIRR, Januar 1986, Johannesburg.

7 Nach „Africa Research Bulletin“ (Political Series) vom 15. Mai 1986, S. 8055.

8 Die Hilfspolizisten werden nur etwa drei Wochen lang ausgebildet. Von daher ihr Name: „kits“ ist das afrikaanse Wort für sofort (instant). So wie „kitskoffie“ (instant coffee) innerhalb von Sekunden hergestellt wird, so werden aus Vigilantes binnen kürzester Zeit Polizeibeamte.

9 Josette Cole: „Crossroads/The Politics of Reform and Repression 1976–1986“, Johannesburg, 1987.

*Management Committees*¹⁰⁾ ihren Informationsstand über die Geschehnisse in den Gettos deutlich zu verbessern. Es ist direkt dem von P.W. Botha präsidierten, mächtigen *State Security Council* unterstellt. Mit ihm arbeiten die Agenten („Informanten“), die zuvor unter dem Druck der Straße fluchtartig die Gettos verlassen hatten, jetzt aber nach dort zurückgekehrt sind.

Trotz der Mißerfolge der Revolutionäre und der entsprechenden Erfolge der Regierung ist es der letzteren nicht gelungen, den *status quo ante* wiederherzustellen. Es entstand ein Zustand, der wohl am ehesten als „*equilibrium of violence*“ zu qualifizieren ist. Jeden Tag können neue Unruhen ausbrechen, die niederschlagen den Behörden aber noch lange möglich sein wird. Allerdings werden sie sich zunehmend härterer und damit außenpolitisch kostspieligerer Mittel bedienen. Ein Blick in die Schulen macht deutlich, wie groß hier nach wie vor das revolutionäre Potential ist. Zwar haben die Schüler in der ersten Hälfte 1986 ihren Boykott des Unterrichts aufgegeben, jedoch ist hier und da an die Stelle der von Pretoria verordneten „*Bantu education*“ eine „*alternative education*“ getreten, die die Kinder auf den Tag des revolutionäre Umsturzes und ihre Rolle dabei vorbereiten soll. Schließlich wird die Politisierung der Begräbnisse von jugendlichen Opfern des Terrors durch die Sicherheitskräfte anhalten: Im Zeichen von Fahnen und Hymnen des ANC werden ihre Freunde auch weiterhin, AK-47-Maschinengewehr-Attrappen in den Händen, an den offenen Gräbern beten „ . . . *thy will be done in South Africa as it is done in Lusaka . . . Amen. A luta continua!*“ In der zambischen Hauptstadt hat bekanntlich der ANC sein Hauptquartier.

2. Zu den wirtschaftlichen Folgen des schwarzen Aufbegehrens

Trotz seiner immensen Ressourcen hat Südafrika in den zurückliegenden Jahren viel von seiner einstigen Attraktivität als Wirtschaftspartner eingebüßt. Der in- und ausländischen Wirtschaft fehlt es an Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, dem Land wieder Stabilität zu geben. Es setzt sich vielleicht auch die Erkenntnis durch, daß die politischen Konflikte Südafrikas erst nach einem viele Jahre währenden Bürgerkrieg lösbar sein werden. Damit aber wird die Basis der modernen Sektoren der südafrikanischen Volkswirtschaft zerstört sein. Je mehr sich solche Einsichten durchsetzen, umso eher werden auch große und bedeutende Unternehmen bereit sein, schwarzsüdafrikanischem und ausländischem Druck nachzugeben und sich aus der Kap-Republik zurückzuziehen. Das selbst um den Preis materieller Verluste! Nur von daher ist zu erklären, daß die Anti-Apartheid-Bewegungen in Nordamerika und Westeuropa mit ihrer seit langem erhobenen Forderung nach Einstellung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit („private“ Sanktionen, „Disinvestment“) jüngst große Erfolge zu verzeichnen vermochten. Neben einem viel zu niedrigen Wachstum des Bruttosozialprodukts, einer bereits sehr hohen und immer noch weiter ansteigenden Arbeitslosenrate und der nach wie vor hohen Inflation ist auch die Bewegung des Disinvestment ein Element des bereits überall

10 Dazu Allister Sparks: „South Africa's Security Network Tightens/Critics Say Secret Committees Form Shadow Administration“ in „The Washington Post“ vom 26. Dezember 1986, S. A 1, 33, 34.

spürbaren ökonomischen Niedergangs der regionalen Supermacht am Kap. Schon vor Jahren hatte der bedeutende schwarze Arzt und Politiker Ntatho Motlana die Auffassung vertreten: „Alles muß zerstört werden“¹¹, um ein freies Azania aufbauen zu können.

Das Disinvestment ist bislang im Kreditwesen am stärksten fühlbar. Die Ausrufung des Notstandes in wichtigen Regionen des Landes im Juli 1985 sowie die große Enttäuschung über P.W. Bothas „Rubikon“-Rede vom 15. August 1985 in Durban, in der er sich eben nicht zu einer wirklichen Politik der Reformen im Politischen bekannte, ließ die Banken reagieren. Zunächst war es die Chase Manhattan, dann folgten ihr andere nordamerikanische und auch westeuropäische Banken und verweigerten ihren südafrikanischen Schuldnern eine sonst routinemäßig zugestandene Umschuldung. Die Folge waren eine schwere Liquiditätskrise und ein Kurssturz des ohnehin unterbewerteten und entsprechend schwachen Rand. Südafrika, obwohl damals nur mit 24 Milliarden US Dollar (davon waren drei Fünftel kurzfristig fällig) verschuldet, sah sich außerstande, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Auf Dauer blieb der Kurs vor allem gegenüber dem Yen und der DM schwach. So war unvermeidlich, daß Südafrika Anfang Dezember 1985 ein Auslandsschuldenmoratorium verhängte. Es versteht sich von selbst, daß Pretoria damit seine Kreditwürdigkeit auf das Schwerste erschütterte. Seither sieht es sich nicht mehr in der Lage, im Ausland neue Kredite aufzunehmen. Deren bedarf es jedoch schon, um jene 5 v. H. Wachstum zu erzielen, die erforderlich sind, um Arbeitsplätze für die jährlichen Schulabgänger zu schaffen. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit wären weitere Kredite notwendig.

Der frühere Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Fritz Leutwiler, unternahm ab Herbst 1985 den mühseligen Versuch, zwischen den ca. 200 ausländischen Gläubigerbanken und deren südafrikanischen Schuldnern zu vermitteln. Es hat den Anschein, als hätten die Banken einer umfassenden Regelung des Schuldenproblems nur dann zugestimmt, wenn Pretoria sich bereit erklärt hätte, grundlegende Reformen auch im Politischen zu realisieren. Diese Bereitschaft war nicht und ist auch weiterhin nicht vorhanden. Dies um so mehr als PAC und ANC — der letztere übrigens abermals bei der bereits erwähnten Südafrika-Konferenz in Dakar im Juli 1987 — die volle Übergabe staatlicher Macht an sich fordern. Beiläufig sei hier allerdings die Frage gestellt, ob die ausländischen Banken wohl bereit sein werden, einem von einem revolutionären Regime der „demokratischen Massen“ geführten Azania neue Kredite einzuräumen.

Nach alledem war es schon als Erfolg anzusehen, daß im Februar 1986 eine Übereinkunft zustandekam, nach der bis Juni 1987 5 v. H. der von dem Moratorium erfaßten Schulden zurückzuzahlen waren. Dies geschah! Trotz einer markanten Verteuerung des für Südafrika so wichtigen Goldpreises in der zweiten Jahreshälfte 1986 sah sich Südafrika aber außerstande, eine höhere als die vereinbarte Tilgungsrate zu leisten. Mitte 1987 schlossen dann das *South African Standstill Coordinating Committee* und ein entsprechendes Komitee der Gläu-

11 „Der Spiegel“ 40/1980, S. 169–173.

bigerbanken ein zweites Zwischenabkommen. Es ist Ausdruck der geringen Leistungskraft Pretorias und wird daher Südafrikas Kreditwürdigkeit nicht verbessern.

Viel Aufsehen erregten die Verkäufe nordamerikanischer und vereinzelt auch schon westeuropäischer Unternehmen. Oft handelte es sich hier allerdings nur um Scheinverkäufe: Die bisherigen Eigentümer verkauften etwa an ihre lokalen Manager, stundeten ihnen die Zahlung des Kaufpreises, sagten ihnen die weitere uneingeschränkte Zusammenarbeit (etwa im Bereich des Technologietransfers) mit den bisherigen Muttergesellschaften zu und vereinbarten vereinzelt, dies für den „Fall besserer Zeiten“, sogar eine Rückkaufklausel. Wer dagegen definitiv verkaufte und den Erlös ins Ausland transferierte, der konnte das nur auf der Basis des sog. Finanzrand tun; der Finanzrand hatte jedoch 1985/86 oft nur den halben Wert des „Handelsrand“.

Von vielleicht großer Tragweite war für die Geschicke Südafrikas die Ende 1986 bekanntgegebene Entscheidung der, mit ihrer südafrikanischen Tochter Barclays National Bank Ltd bis weit in die Kleinstädte des *platteland* präsenten Barclays Bank PLC, sich aus der Kap-Republik zurückzuziehen. Sie hatte in früheren Jahren vielfältigem Druck zum Disinvestment widerstanden. Es bleibt abzuwarten, ob die großen Ölgesellschaften, etwa die Royal Dutch/Shell-Gruppe, oder die zweite (bislang) in Südafrika präsente britische Großbank, die Standard Chartered PLC, dem Beispiel Barclays folgen und sich definitiv aus Südafrika zurückziehen werden. Insbesondere durch ihre vielfältigen Interessen in anderen Commonwealthstaaten als Großbritannien sind sie hier starken Pressionen ausgesetzt.

Südafrika ist auf dem Weg in eine sehr kostspielige „*siege economy*“; es kann aus ihr eigentlich nur als Verlierer hervorgehen. Die Regierung wird über diese Absatzbewegung nicht stürzen; sie konfrontiert sie allerdings mit weiteren Schwierigkeiten.

3. Zur politischen Aufwertung des African National Congress

In der westlichen Welt und auch im weißen Südafrika beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß der ANC im schwarzen und teils auch im braunen Südafrika außerordentlich gefolgschaftsstarke und von daher unbedingt in eine Lösung der dortigen Konflikte einzubeziehen ist. Von daher hat er in den zurückliegenden Jahren eine gar nicht zu überschätzende politische Aufwertung erfahren. Pretoria mag in seiner Propaganda von ihm immer noch als einem von außen („Moskau“) gelenkten Trupp kommunistischer Terroristen sprechen, die Machthaber sind sich jedoch der sehr großen Bedeutung dieser Befreiungsbewegung bewußt. Sie mögen allerdings immer noch glauben, ihn zerschlagen zu können. Die Geschichte des Afrikanerdoms ist eben über Jahrhunderte eine solche des Kampfes gewesen.

Nach allem, was in der Öffentlichkeit verlautete, kamen die ersten Kontakte zwischen Vertretern des ANC und führenden weißen Südafrikanern im Dezember

1984 zustande, als Hendrik van der Merwe, der liberale Direktor des *Centre for Intergroup Studies* an der Universität Kapstadt, eine Gruppe von afrikaanssprachigen Weißen nach Lusaka führte¹². Für viel mehr Aufsehen sorgten dann im Spätsommer 1985 die Gespräche, die führende südafrikanische Industrielle und Journalisten im Beisein des zambischen Staatspräsidenten Kenneth D. Kaunda auf dessen Landsitz mit Vertretern des ANC führten. Es folgten, in den meisten Fällen auf zambischem Boden, Begegnungen von Kirchenleuten, Gewerkschaftlern, liberalen Oppositionspolitikern u. a. mit Repräsentanten der Befreiungsbewegung. In Lusaka und später in New York führten solche Repräsentanten des Afrikanerdoms, die jederzeit Zutritt zu wichtigen Mitgliedern des südafrikanischen Kabinetts oder dem Staatspräsidenten haben, Gespräche mit dem ANC. Welche Schwierigkeiten hier zu überwinden sind, wurde einmal mehr bei dem Zusammentreffen von über 60 Weißen afrikaanser Sprache mit einer hochrangigen Gruppe des ANC im Juli 1987 in Dakar klar. Auch hier wurde der ANC nach seinen Vorstellungen von dem politischen System eines „*non-racial democratic South Africa*“ gefragt. Der ANC wird nicht müde, sich bei solchen Gelegenheiten auf die maßgeblich von ihm selbst formulierte, 1955 in Kliptown/Johannesburg verabschiedete „Freiheitscharta“ wie auch auf die Ideale der französischen und nordamerikanischen Revolutionen zu berufen¹³. Die letzteren erfahren dann allerdings eine in manchem überraschende Auslegung. Es sind nämlich die „demokratischen Massen“ und ihre Avantgarde, der ANC, die im Rahmen der „*liberatory intolerance*“ (was immer das konkret bedeuten mag!) eine „*non racial democracy*“ aufbauen werden.

Es ist die seit Jahrzehnten bewährte Zusammenarbeit des ANC mit der gleichfalls illegalen SACP (*South African Communist Party*), der UdSSR, der DDR und anderen kommunistischen Staaten, die seinen Befreiungskampf stets unterstützt haben, die westliche und weißafrikanische Beobachter immer wieder die Frage stellen läßt, wie stark der Einfluß orthodoxer Marxisten im ANC ist. Unstreitig gibt es in der Spitze des ANC viele Personen, die auch Mitglieder der SACP sind. Trotzdem wäre es falsch, die These zu vertreten, daß der ANC von Kommunisten dominiert wird. Solange Außenstehende keinen Zugang zu den Archiven der Befreiungsbewegung haben, sind sie auf Spekulationen angewiesen¹⁴. Im Gespräch mit Vertretern des ANC wird aber ein anderes sehr deutlich: Seit der Flucht der „*Soweto graduates*“ in der zweiten Jahreshälfte 1976 aus Südafrika in die Nachbarstaaten gibt es im ANC ein starkes Element des *Black Consciousness*. Seine Vertreter sind offenbar bestrebt, Südafrika/Azania entsprechend den Entwicklungen in Tanzania, Zambia, Zimbabwe u. a. in einem spezifisch schwarzafrika-

12 Dazu Piet Muller: „Beeld en ANC praat oor kwelvræ“ und „Steu aan UDF is vir eie gewin, sê ANC“ in „Beeld“ (Johannesburg) vom 11. Dezember 1984, S. 13 bzw. 12. Dezember 1984, S. 13 i.V.m. „Praat dit uit“ in „Beeld“ vom 12. Dezember 1984, S. 12. S. weiter J. Hennie Serfontein: „ANC praat met SA/Kwaai debat oor kontak“ in „Rapport“ (Johannesburg) vom 6. Januar 1985, S. 1, 2.

13 S. etwa „A conversation with Oliver Tambo of the ANC“ in „Cape Times“ vom 4. November 1985, S. 9 sowie den Vortrag, den Oliver Tambo am 8. April 1986 unter dem Titel: „Economic and Political Perspectives of the ANC for a liberated South Africa“ vor der Friedrich-Ebert-Stiftung/Bonn hielt.

14 Zu der hier interessierenden Problematik Jörg Dedial: „Der ANC zwischen Ideologie und Pragmatismus/Spekulationen und Tatsachen über den östlichen Einfluß“ in NZZ vom 7. Februar 1987, S. 3, 4. Beachte in diesem Zusammenhang auch den Briefwechsel zwischen Oliver Tambo (ANC) und Dan Tloome, dem Vorsitzenden der SACP, über das Ausscheiden von Joe Slovo (ANC und SACP) als Stabschef von Umkhonto we Sizwe nach seiner Wahl zum Generalsekretär der SACP, in „Sechaba“ Juni 1987, S. 21 („ANC/SACP – Unbreakable Alliance“).

nisch nationalistischen Sinne zu gestalten. Ihr Südafrika/Azania wird ein stark autoritär geführter Einparteiensstaat sein. Es bleibt also die Frage, wie marxistisch, wie westlich-demokratisch, wie schwarzafrikanisch-nationalistisch die politische Kultur des ANC ist, offen. Dennoch war es angesichts der so großen Bedeutung des ANC für eine Lösung des Südafrika-Konflikts unbedingt richtig, daß Oliver Tambo, der im Londoner Exil lebende Präsident des ANC, 1986 zunächst von Bundesaußenminister Genscher und dann auch von dem britischen Außenminister Geoffrey Howe und dem amerikanischen Assistant Secretary of State sowie, 1987, von US-Außenminister George Shultz offiziell empfangen wurde.

4. Das weiße Südafrika zwischen Wandel und Beharrung

1978 übernahm der damalige Ministerpräsident P.W. Botha die Amtsgeschäfte von seinem Vorgänger J.B. Vorster mit dem Wahlspruch „*Adapt or die!*“. Seither hat Südafrika im Sozialen und im Wirtschaftlichen, und hier nicht zuletzt im Arbeitsleben, eine Fülle von tiefgreifenden Veränderungen erfahren. Deren für die Zukunft der Kap-Republik wichtigste wird wohl die Reform des Gewerkschaftswesens in den späten 70er und frühen 80er Jahren gewesen sein. Denn mit den Gewerkschaften und ihren Dachverbänden sind Pretoria Rivalen um die politische Macht entstanden. In jüngerer Zeit sorgte die Streichung der Gesetze, die eheliche und außereheliche geschlechtliche Beziehungen über die Rassenschranken hinweg unter Strafe stellten, sowie die (teilweise!) Abschaffung¹⁵ der den Schwarzen besonders verhaßten Paßgesetze („*influx control*“, „*dompas*“) für Aufsehen. Dies unter den Weißen allerdings deutlich mehr als unter den Schwarzen!

Andere Gesetze, wie etwa der *Group Areas Act*, der den einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Wohnbezirke zuweist, wurden zwar formell beibehalten, in der Praxis jedoch häufig mißachtet. So ließen es die Behörden zu, daß eine große Zahl von Nicht-Weißen in „weißen“ Vororten Johannesburgs (Hillbrow und Mayfair) und Kapstadts (Woodstocks) Wohnung nahm. Angesichts der desolaten Sicherheitslage und Wohnverhältnisse in vielen der schwarzen Gettos brachten ausländische Unternehmen ihre schwarzen und braunen Mitarbeiter häufig hier unter.

Unverändert blieb dagegen auch unter Botha das politische System. Keine der Reformen rührte auch nur an das staatliche Machtmonopol der Weißen. Die Praxis des seit September 1984 existierenden Drei-Kammer-Parlaments der weißen, indischstämmigen und gemischtrassigen Südafrikaner hat den schärfsten Kritikern des Systems einer „*gesonde magsdeling*“ (P. W. Botha) vollauf Recht gegeben. Denn „gesunde Machtteilung“ bedeutet nichts anderes als die Bewahrung weißer Macht.

15 An die Stelle der bisherigen Paßgesetze ist ein kaum zu durchschauendes neues Gesetzwerk getreten. Stark vereinfachend läßt sich sagen, daß sich die Rechtslage für die Bürger der nicht „unabhängigen“ Bantustans verbessert, für die der „unabhängigen“ dagegen verschlechtert hat. Die letzteren verloren u. a. die sog. „Section 10 rights“. Die Bewegungsfreiheit der Schwarzen wird innerhalb Südafrikas heute u. a. durch den „Aliens Act“ und den „Squatters Act“ beschränkt. S. zu alledem Geoff Budlender: „Influx Control in the Western Cape/From Pass Laws to Passports“ und Christiane Elias und Johnson Mpukumpa: „Where Reform is not Reform/Lwandle Townships, Somerset West“ in „South African Outlook“, (Rondebosch) August 1984, S. 83–83 bzw. 85–86.

Trotzdem nutzte Botha in den letzten Jahren die jeweilige Eröffnungssitzung des Kapstädter Parlaments sowie 1985 und 1986 jeweils im August Konferenzen seiner regierenden *Nasionale Party van Suid Afrika* (NP), „Rubikon“-Reden I und II¹⁶, dazu, dem schwarzen Südafrika Verhandlungen über eine neue politische Ordnung anzubieten. Botha wäre sicher auch bereit, darüber mit dem ANC zu reden, vorausgesetzt, der ANC würde der Gewalt abschwören. Das wird der ANC, was nur zu verständlich sein sollte, jedoch nicht tun, solange die Regierung ihrerseits von Gewaltanwendung nicht Abstand nimmt. In einem, so die Vorstellungen der südafrikanischen Regierung, neu zu schaffenden *National Statutory Council* soll über die Teilhabe auch der schwarzen Südafrikaner an der Arbeit des Kapstädter Parlaments und der Zentralregierung in Pretoria verhandelt werden. Bislang haben selbst moderate schwarze Politiker die Initiative Bothas zurückgewiesen. Ihre Erfahrungen mit dem Staatspräsidenten und dessen Anhängern sind zu negativ, als daß sie ihm vertrauen könnten. Auch wissen sie, welche Vorstellungen P.W. Botha von einer politischen Neuordnung hat. Von daher sind sie nicht bereit, sich in die Rolle von Marionetten drängen zu lassen.

Welches sind die Überlegungen Pretorias? Der Status der vier „unabhängigen“ Bantustans (d.s. Transkei, Ciskei, BophutaTswana und Venda) bleibt unverändert der „souveräner Nationalstaaten“. Nachdem entsprechende Manipulationen Erfolg hatten, wird ihnen noch 1987 — und dies rückwirkend! — KwaNdebele in die „Unabhängigkeit“ folgen. Auch sollen, und das ist eine eher neue Überlegung, die großen städtischen Siedlungen der Schwarzen zu selbständigen Staaten erklärt werden; Botha vergleicht sie gerne mit Luxemburg. All diese schwarzen „Staaten“ werden nicht lebensfähig sein. Gemeinsam mit der Republik Südafrika sollen sie die Konföderation (also nicht Föderation) von Staaten des südlichen Afrikas bilden. Diejenigen Bantustans (möglicherweise KwaZulu, Gazankulu, Lebowa, Qua-Qua und Kangwane) sowie städtischen schwarzen Siedlungen, die sich gegen die „Unabhängigkeit“ entscheiden, können — und das ist neu! — bei Südafrika verbleiben. Unter Beibehaltung der bisherigen Herrschaftsstrukturen werden sie sich auf regionaler Ebene selber verwalten („*own affairs*“). Ähnlich den beiden braunen Gemeinschaften seit Ende 1984 werden auch sie den einen oder anderen Minister ohne Geschäftsbereich und stellvertretenden Minister in die Zentralregierung nach Pretoria entsenden. Ferner wird man in Pretoria für sie eine Art parlamentarische Beratungsgremium schaffen. „*Gesonde magsdeling*“ wird nie eine Chance haben!

Die Wahlen zum weißen Parlament von Mai 1987 haben gezeigt, daß selbst dieses Reformwerk vielen weißen Südafrikanern zu weit geht. Verbreitet ist die Furcht, daß es zu einer langsamen Erodierung der weißen politischen Macht führen werde. So wird verständlich, daß fast 30 v. H. der Wähler, fast ausschließlich solche afrikaanser Kultur, für rechte Oppositionsparteien stimmten. Und die NP verdankt ihren hohen Wahlsieg (52 v. H.) nicht zuletzt einem gewandelten Wahlverhalten sehr vieler englischsprachiger Weißer. So wurde die NP erstmals selbst in

16 Veröffentlicht unter dem Titel „Federale Kongres vir Vryheid en Stabiliteit“, S. 1–34, durch: Inlignin van die Nasionale Party, Durban/Pretoria, 1986.

der Hochburg der englischsprachigen weißen Südafrikas, der Provinz Natal, stärkste Partei. Diese Weißen stimmten mit großer Mehrheit gegen die gemäßigt konservative *New Republican Party* und die liberale *Progressive Federal Party*. Diese Parteien hatten übrigens die Empfehlungen des KwaNatal Indabas unter Führung des Zuluführers Gatsha M. Buthelezi gutgeheißen; sie beinhalteten ein System wirklicher Machtteilung (Konkordanzdemokratie, in den Augen der NP ein System „*ongesonder magsdeling*“). Die Mehrheit der Wähler in Natal ist sichtlich nicht bereit, den Vorstellungen des KwaNatal Indabas eine Chance zu geben. Sie würden es vielleicht dann tun, wenn ihnen eine überzeugende Antwort auf die Frage gegeben werden könnte, was aus ihnen in dem Fall wird, daß Buthelezi scheitert und Natal den Weg anderer schwarzafrikanischer Staaten in das Chaos geht.

Nach alledem ist ein Ende der Auseinandersetzungen um die politische Macht in Südafrika nicht abzusehen. Das weiße Südafrika wird sich aller verfügbaren Mittel bedienen, um das schwarze Südafrika in die Knie zu zwingen. Wie schon im zurückliegenden Jahr wird die Regierung die Arbeit der Mitgliedsorganisationen der UDF zunehmend behindern; sie wird immer wieder führende Mitglieder oppositioneller Gruppen über lange Zeit, dies auch ohne Gerichtsverfahren, inhaftieren und sie äußerstenfalls auch liquidieren. Außer UDF-Angehörigen mußten Angehörige des größten gewerkschaftlichen Dachverbandes, *Congress of South African Trade Unions/COSATU*, diese Erfahrung immer wieder machen. Pretoria hat in den zurückliegenden Jahren zur Genüge bewiesen, daß ihm die Verhaftung von Zehntausenden letztlich kein Problem ist. Gefahr scheint der militanten Opposition zunehmend von der latent sehr starken, faschistischen *Afrikaner Weerstandsbeweging* zu drohen. Unter ihrem Führer Eugen Terreblanche wird sie, die in Polizei und Armee nicht ohne Sympathisanten ist, vor nichts zurückschrecken, sollte sich die Regierung in ihren Augen als zu schwach erweisen, dem schwarzen Aufbegehren Paroli zu bieten. Sie kann durchaus der Gegenspieler *Umkhonto we Sizwes* („MK“), der Guerillaarmee des ANC werden. Sie wird es werden, sollte MK in Zukunft vermehrt „weiche“ Ziele im weißen Südafrika angreifen.

Dem Westen bleibt derzeit wohl wenig, außer den nicht genutzten Chancen früherer Verhandlungsrunden nachzutruern. Das gilt für die von Washington und Bonn initiierte Namibia-Politik von 1977, deren Scheitern ihre Väter selbst zu verantworten haben¹⁷, und für das allein von Pretoria zu verantwortende Scheitern der amerikanischen Politik des konstruktiven Engagements. Er wird auf lange Zeit nicht in der Lage sein, auf die Entwicklungen der Konflikte in und um Südafrika Einfluß zu nehmen.

¹⁷ Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: „A 'Political Initiative' for South Africa — A (West) German View“ in „Politikon“ 2/1987, S. 3–14.